

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Februar 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungserläuterer usw. 15 Pfennig die Zeile; Rufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 24.

## Die Bleivergiftung in Buchdruckereien und ihre Verhütung.

Unter dieser Überschrift mit dem Motto „Nicht, Luft, Reinlichkeit“ ging uns im vergangenen Jahre bereits ein Auszug aus der Arbeit eines Kollegen zu, die durch Ankauf seitens des Preisgerichts des Internationalen Arbeitssamts in Basel ausgezeichnet worden ist. Wenn ein Berufsgenosse sich mit gewerbehygienischen Fragen in seinen freien Stunden so eifrig befaßt, daß eine Institution für praktische Sozialpolitik wie das Internationale Arbeitsamt in Basel das Resultat solcher Beobachtungen, Untersuchungen und Feststellungen mit den daran geknüpften Ratsschlüssen als Preisarbeit anerkennt und erwidert, so dürfen von einer auszugswürdigen Veröffentlichung auch die Arbeitskollegen des Verfassers profitieren. Die Raumverhältnisse des „Korr.“ sind jetzt zwar noch weniger günstig als bei Eingang der Abhandlung, da aber jetzt so manche Frage angeschnitten und diskutiert wird, die für die Gefährdung eine wichtige Rolle spielt, so werden wir es dennoch ermöglichen, daß diese Arbeit nunmehr in einigen Fortsetzungen zum Abdruck kommt, wobei jedesmal eine Nummer übersprungen werden wird, damit andre Sachen keinen zu großen Aufschub erleiden.

### I.

**Die Bleivergiftungen in Buchdruckereien** zu verhüten, sollte die freie Sorge des Staats wie der Berufskollegen sein. Während einzelne Staaten, wie die Schweiz, Norwegen und Deutschland, mit ihrer Schutzgesetzgebung immer noch vieles zu wünschen übrig lassen, sind andre Länder noch mehr rückständig. Bei einzelnen Staaten gelten sogar Buchdruckereien noch nicht einmal als gesundheitsgefährliche Betriebe. Die Schuld daran liegt lediglich an dem Mangel einer genauen Statistik über die Bleivergiftungen sowie der durch diese erzeugten Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit. In einzelnen größeren Städten (Berlin, Wien und Amsterdam) geführt die Statistiken haben in kleinem Rahmen den vollen Beweis der Bleigefahr zur Evidenz erwiesen.

Um ein klares Bild über die Bleigefahr zu erhalten, sollte die Anzeigepflicht der Ärzte bei Bleivergiftungen gesetzlich festgelegt sein. In Deutschland wäre es an der Hand der Ausweise des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sowie der Krankensicherungsgesetzgebung leicht, die nötigen Unterlagen zu beschaffen. Bleivergiftungen sollten als Betriebsunfälle gelten! Der an Bleivergiftung Erkrankte leidet, nachdem er einigermaßen wieder hergestellt, zum Berufe zurück, bis er schließlich bei einem Rückfalle langem Siechtum entgegengeht.

Die vom Gewerbeinspektor Ludwig Fehle in Wien in seiner Abhandlung: „Die Gesundheitsverhältnisse in dem Buchdruckgewerbe“, niedergelegten Tatsachen sind Argumente, die für sich sprechen und beweisen, in welcher hohen Grade der Buchdruckerberuf gesundheitsgefährlich ist. Ist erst einmal das statistische Material in genügender Umfange vorhanden, dann ist die beste Grundlage gegeben, um durch Feststellung der Opfer der Berufskrankheiten mit schärferen gesetzlichen Maßnahmen hervorzutreten.

Daß hygienisch und sanitär errichtete, luftig und ideal angelegte Betriebe, in welchen die größte Sauberkeit herrscht, der Bleigefahr im allgemeinen am besten entgegenwirken, ist den Berufskollegen bekannt. Ferner sollten dem Internationalen Arbeitssamt in Basel auch weitestgehende Rechte eingeräumt werden, um sämtlichen Staaten die in hygienischen und sanitären Beziehungen am besten bestehenden staatlichen Maßnahmen und technischen Betriebe zu empfehlen. Da es sich um philanthropische Gesetze für das Wohl der Arbeiter handelt und die Arbeit international ist, so könnten die an der Arbeiterkongresskonferenz beteiligten Staaten um so eher den Anregungen und Beschlüssen des Internationalen Arbeitssamts Folge leisten.

In Staaten der Rahmengesetzgebung (Belgien, Spanien, Frankreich, Niederlande und Rußland), ist es durchweg, mit den Gesetzesvorschriften für den Betrieb, von Buchdruckereien schlechter bestellt als in den Staaten mit Spezialverordnungen (Deutschland, Österreich, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Schweiz und Ungarn). Aber nicht allein die Gesetze sind unzureichend, Berufskrankheiten zu vermeiden. Wird dem Arbeiter eine gute Schulbildung zuteil und wird er auf die Gefahren, die

ihn in dem Betriebe erwarten, aufmerksam gemacht und erzoget, dann wird er auch die Gesetze und Vorschriften zur Hintanhaltung der Bleigefahr so achten, wie es wünschenswert und notwendig ist.

Während Großbritannien bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die beste Arbeiterschutzgesetzgebung der Welt besaß, was gefährliche Betriebe angeht — nicht zum wenigsten durch die geschlossenen auftretenden Trades Unions veranlaßt —, hat die Arbeiterschutzgesetzgebung des Kontinents derartige Fortschritte gemacht, daß sie mit England zum mindesten auf gleicher Höhe steht.

Wenn auch nicht alles berufliche Unheil auf einmal ausgerottet werden kann, so können doch durch fortgesetzte Neuerungen und Verbesserungen in technischer Hinsicht, durch Verkürzung der Arbeitszeit wie weise gesetzliche Maßnahmen sowie durch richtige Führung der Berufskollegen jahrelang bestehende Schäden wenn nicht beseitigt, so doch bedeutend eingeschränkt werden.

Bei der ersten internationalen Arbeiterschutzkonferenz, die vom 15. bis 29. März 1890 in Berlin tagte, und auf welcher fast sämtliche europäische Staaten vertreten waren, wurde als einer der obersten Grundzüge das Leitmotiv des kaiserlichen Erlasses vom 5. Februar 1890 aufgestellt: Die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

So wahr und ideal dieser Grundsatz ist, so weit ist er auch heute noch von seiner mittelmäßigen Durchführung entfernt. Während die Gesellschaft der Friedensfreunde über den Massenmord des Kriegs sich empört, vergessen Philanthropen, Korporationen, Behörden und der Staat und leider auch die Arbeiter selbst, daß manche Berufskrankheiten Tausende und Abertausende ihrer Berufskollegen hinwegraffen und jahrelangem Siechtum entgegenführen. Nicht man dabei in Betracht, daß durch derartige Krankheiten Hunderttausende Familienangehörige usw. usw. in Mitleidenschaft gezogen sind — abgesehen von der Berufsfähigkeit verlorener Arbeitskraft, Lebensberechtigung und Verlust an Nationalvermögen —, so ergibt sich mit kurzen Worten das Fazit: Das Schlachtfeld der Industrie erfordert jährlich mehr Opfer an Krankheiten und Menschenleben als fortgesetzte Kriege!

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß seit der ersten Arbeiterschutzkonferenz, der man in Arbeiterteilen anfangs skeptisch gegenüber stand, da sich Theorie und Praxis nicht sogleich befreunden, bedeutende Verbesserungen in Berufsschutzmaßnahmen ausgeführt worden sind, bemerkbar sind, so kann mit Hilfe der Arbeiterorganisationen und ihrer staatlichen Anerkennung und Unterstützung sowie durch streng und konsequent durchgeführte Gesetze und deren Handhabung durch Praktiker eine Eindämmung der Gefahren in großem Maßstab erfolgen: Der Staat hat das Recht und die Pflicht, dem wirtschaftlich Schwachen beizukommen und ihn nicht bloß als eine bezahlte Ware ansehen zu lassen.

## Volkswirtschaftliches.

Von den Lebensmittelvertreuerern, den Lebensmittelpreisen und anderen erbaulichen Sachen.

... Andererseits müssen sich auch unsere Kollegen auf ihre Pflicht besinnen und sich mehr um das wirtschaftliche Leben und seine Begleiterscheinungen kümmern, damit die Arbeiterklasse nicht noch mehr mit neuen Steuern überhäuft auf Lebensmittel usw. belastet wird.

(„Typ.“ vom 17. Februar 1911.)

Wer diese verständigen Worte über die Lebensmittelverwertung in dem an vernünftigen Gedanken und ehrlichen Absichten sonst so armen Bundesorgane geschrieben, können wir nicht sagen. Wir wissen nur, daß sie von der Reaktion nicht stammen, sondern von Halle a. S. gestiegen kamen. Was hier als Stoßseufzer hinausging, ist gewiß weitverbreitete Ansicht unter den von der Lebensmittelverwertung natürlich ebenso hart betroffenen Mitgliedern des Bundes. Daß sie dies im „Typ.“ aber jetzt sagen dürfen, muß doch wundernehmen. Denn was der Halle'sche Bündler hier als die Pflicht

seiner gleich ihm sich der „Interessenvertretung“ des Gutenbergbundes ausgelieferten Buchdruckergehilfen bezeichnet, hat der „Korr.“ vor Monaten in seinem Artikel „Das Spiel beginnt“ ja ebenfalls von den Verbandsmitgliedern gefordert. Statt nun dafür Verständnis zu zeigen, lief der edle „Typ.“ als erster Sturm gegen eine solche Aufforderung wie auch gegen unsere berechtigten Kritik an der deutschen Steuer- und Zollpolitik, unser Verhalten als neuentdeckte schwere Neutralitätsverletzung charakterisierend. Wie man daher die Aufnahme der vorausgeschickten Zeilen deuten soll, ist wirklich schwer, da das Bundesorgan immer mit falschen Karten spielt. Vom Standpunkte der oberbündlerischen Logik müßte des Halle'schen Vernunftbündlers Ermahnung an seine Konfratres als Neutralitätsverstoß eine ebenso entscheidende Zurückweisung erfahren. Paul Ehrhardt, dessen Reaktionsherlichkeit mit dem heutigen Tage zu Ende geht, wollte vielleicht auf manche durch sein forsches Eintreten für die netten volkswirtschaftlichen Grundzüge der christlichen Gewerkschaften verurteilte Bünde in letzter Minute ein Pfälstchen legen und ließ deshalb den Mann aus der Provinz nach seinem Gusto schreiben. Daß dies auf eine ganz arge Provokation der Mitglieder des Gutenbergbundes hinausläuft, scheint der einen Überfluß an Intellekt nicht gerade aufweisende Bundesvorsitzende gar nicht bedacht zu haben. Wenn aber noch nicht alle Bundesmitglieder von der durch den „Typ.“ mit Hochdruck betriebenen Verblödung ergriffen sind, dann wird, nein, dann muß ihnen ein Seifenleder aufgehen, welches verätherisches Spiel mit ihnen getrieben wird, wo sie doch unter der Lebensmittelverwertung so sehr leiden, ihr Organ aber hergeht und — wie gesehen — als Beilage Flugblätter verbreitet, in denen diese ihre Klagen verhört und das arbeiterschädigende Verhalten des Bundes bei den letztgeschaffenen Konsumsteuern herausgehauen wird. Das ist zwar weder christlich, noch neutral, noch zeigt es von einer Interessenwahrnehmung für die eignen Mitglieder, aber es ist eine hübsche Tatsache, die einem Arbeiterblatte verdammt schlecht ansteht. Für manche unserer Kollegen mag dieser charakteristische Vorgang ein erneuter Beweis sein, daß das Bundesorgan die Interessen in jeder Weise wahrnimmt. Nach der angeforderten Richtung wird der „Typ.“ trotz dieses einen lichten Moments uns sicherlich auch ferner keine Konkurrenz bereiten.

Arbeitervertreter als Lebensmittelvertreuer können nur dort möglich sein, wo andre als Arbeiterinteressen den Vorrang haben. Das trifft auf die christlichen Gewerkschaften zu. Die Leitung des Gutenbergbundes ist nicht besser und nicht schlechter als diese Sorte von Arbeiterorganisationen. Im Ruhrrevier unternahmen vor Wochen die Bergleute einen Vorstoß zu einer angemessenen, d. h. 15prozentigen Lohnverhöhung, da die Höhe der Lebensmittelpreise im rheinisch-westfälischen Industriegebiete sich eher noch mehr bemerkbar macht als in andern Gegenden. Das Vorgehen scheiterte, weil die christliche Bergarbeiterorganisation nicht mitmachte, wiewohl sie dazu angegangen war und obgleich der christliche Gewerkschaftsstab immer einen Hülfsarm schlägt, wenn er von den andern Gewerkschaftsrichtungen nicht sofort von irgendeinem Vorhaben auf dem Lohngebiete usw. in Kenntnis gesetzt wird. Bei dem neuen Kurse der christlichen Gewerkschaften dem Unternehmertum gegenüber und bei dem Abhängigkeitsverhältnisse, das sie neustens gleich nach verschiedenen Seiten bindet, leuchten sie ein Mitgehen ihrerseits ab und überließen der freien, der Kirch- und Bundesorgan und der politischen Bergarbeiterorganisation allein das schwierige Feld. Da sie aber, um ihre Leute bei guter Laune in diesen schweren Zeiten zu erhalten, nicht ganz untätig bleiben konnten, versuchten sie es mit rührseligen Eingaben an die bekanntlich nicht allzu weichenherzigen Beherrschungen. Natürlich kamen sie da schön an. Auf der einen Seite erhielten die armen, von ihren ehrenwerten Führern aus politischen Motiven über den Büffel barbierten christlichen Bergleute zur Antwort:

Wegen der Lebensmittelverwertung sollten sich die Bergarbeiter bei den politischen Parteien bedanken, die dieselbe verpfundet haben.

Ein Gegenbaron erklärte:

Daß sich die Lebenshaltung auch im Ruhrrevier verteuert hat, ist richtig; aber darüber kann sich meines Erachtens der christliche Gewerkschaftsverein ersprießlicher mit dem Zentrum unterhalten als mit dem Bergverbande.

Das ist hart und wenig sozialverständnis, aber verdient haben die christlichen Gewerkschaftsführer diese moralischen Offensiven durchaus. In anderen Industriezweigen Rheinlands-Westfalens wurden die um Lohnaufbesserungen unter Hinweis auf die scharfen Lenkungsverhältnisse nachsichtigen Arbeiter nicht minder deutlich abgewiesen. So wurde den Textilarbeitern einer Firma gesagt:

Wir sind doch nicht schuld daran, daß alles teurer wird; geht doch zu euren Arbeitervertretern, denen ihr die Verteuerung der Lebensbedürfnisse zu verdanken habt.

Noch drastischer drückte sich der Inhaber einer andern Textilfirma seinen vorstellig werdenden Arbeitern gegenüber aus:

Ja, da seid ihr selber schuld; warum wählt ihr euch solche Vertreter, die euch die Verteuerung machen!

Das ist allerdings sehr wahr gesprochen und müßte auch den christlichen Arbeitern die Augen öffnen und ihnen ein Bild mit dem Baupfahl sein, mit dem eisernen Besen zu kehren. Wenn ihre in die Parlamente gesandten Führer jede Verteuerungspolitik zu Lob und Preis der sie mit einigen Mandaten großzügig bedenken den politischen Parteien mitmachen, die Interessen der Arbeiter dadurch aber mit Füßen getreten werden, dann ist es wirklich besser, es wären von vornherein verhindert, daß solche Memorianarbeiter im Reichstag und in den Einzeltagungen ihre Berufs- und Klassenossen vertreten könnten. Es ist schon schlimm, wenn die aus anderen Gesellschaftsgruppen stammenden Abgeordneten eine Steuer- und Sozialpolitik gutheißen, die nur einem kleinen Teile der Bevölkerung zu (relativen) Vorteilen gereicht, für die breite Masse des Volks aber ungesuere Lasten im Gefolge haben muß. Wenn aber selbst Arbeitervertreter sich als Lebensmittelveiterte betätigen, dann hört wohl alles auf. Ob es nun anders wird? Ob die christlichen Arbeiter solchen Führern die verdiente Abgabe erteilen? Ob sie sich andere Vertreter zur Wahlnennung ihrer Interessen bei der Gesetzgebung wählen, die ihnen nicht die Lebensmittel verteuern helfen? Nach dem, was das christliche Sozialbewusstsein als Notwendigkeit für eine intensiveren politischen Betätigung (siehe Nr. 8 des „Korr.“) der christlich organisierten Arbeiter bezeugt und dabei als Grundgesetz aufgestellt hat, wird es selber dabei bleiben, daß sich die christlichen Gewerkschaften als Vorposten der reaktionären Politik in jeder Gestalt gebrauchen lassen. Es ist das eine Schmach und ein Hohn auf alle Arbeiteraufklärung. Auf die Dauer werden aber auch diese armen gearneten Arbeiter zum Schaden sich von den Unternehmern nicht noch verpötmeln lassen. Und es wird sich zu erweisen haben, ob die Buchdrucker in dem von den christlichen Gewerkschaften ins Schlepptau genommenen Gutenbergsbunde die letzten oder die ersten sein werden, die mit diesem unwürdigen, schwer schädigenden und gegen alle Vernunft schreienden Zustande brechen. Die Konsequenz der verständigen Worte jenes Hallenschen Bündlers müßte sein, daß die Mitglieder des Gutenbergsbundes zunächst eine gehörige Abrechnung mit dem die verfehlte und verurteilenswerte Wirtschaftspolitik der Mehrheitsparteien verteidigenden „Typ.“ vornehmen.

Doch weist man einen Blick in die tonangebenden Organe der christlichen Gewerkschaften, dann ist die Hoffnung nicht im Steigen, daß mit dem selbstmörderischen Tun der christlichen Führer endlich Schluss wird und ein Trauerpiel sein Ende erreicht, wie es nicht viele

andre gegeben hat auf dem Spezialitätentheater unseres Weltalls. Da wird nach wie vor nach Krümmen gesucht, die von dem Schreiberlich einer stillen Studierstube abfallen. Und mit Trompetengeschmetter wird jedes Wort verändert, das nur irgendwie mit einem sozialdemokratischen Schriftsteller in Wegzug gebracht werden kann. Gewiß, die Agrarfrage ist in der Sozialdemokratie mehr oder weniger kritischer Bedeutung ausgelegt. Wie auf andern Gebieten, strecken auch hier die Meinungen übereinander, aber bedeutend geklärt sind die Ansichten denn doch in dieser Beziehung. Wir könnten uns auch mit dem einseitigen Denken und Urteilen nicht befremden oder gar mit jener Methode, die des besseren Erfolges wegen sich nicht immer an die besseren Instinkte wendet. Wir betrachten es daher auch nicht als ein Parteigut für die Sozialdemokratie, wenn z. B. Dr. Arthur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Februarheft) in einer Weise die Frage: „Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich?“ behandelt, die auch unserer Meinung nach etwas weit geht. Aber das muß unumwunden anerkannt werden, daß Schulz wie Schuppel und einige andre noch sich erstlich in diese Materie vertieft haben und vorurteillos an die Verantwortung der außerordentlichen Frage herangetreten. Wenn die christlichen Vertreter der Neubestischen, d. h. extremagrarischen Hochschuttpolitik, mit den buntesten Zell der Objektivität jener Männer bestehn würden, würden wir auch sie objektiv heißen. Sie jedoch arbeiten mit einer Materialität, die sich auf Einzelheiten stützt, dabei aber geistlich überfließt resp. totschweigt, daß von den von ihnen reklamierten sozialdemokratischen Schriftstellern nicht einer sich zum Verfechter der Zoll- und Steuerpolitik aufwirft, die uns die Konservativen und das Zentrum (zum Teil auch die Nationalliberalen) in einer Ergiebigkeit besetzt haben, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch recht weite Kreise des Bürgertums in offene Rebellion geraten sind. Das ist ja eben der große Volksbetrug, daß alles von ihnen als sozialdemokratische Sache gestempelt wird, was in Wirklichkeit eine Aufsehung der Volksmehrheit gegen eine das Allgemeinwohl tief schädigende Interessenspolitik ist. Nur das tiefbetrückerische Herdenbewußtsein, das in der christlichen Arbeiterchaft vorhanden ist, konnte den christlichen Führern den Mut geben, von einem „Friedensstrummel“ zu sprechen, bis dann vom Reichstag und von den meisten Regierungen diesem frivolen Gerede ein Ende bereitet wurde. Die vorausgehend wiedergegebenen lebenswürdigen Anerkennungen einer solchen Arbeiterbeglückung von Unternehmenseite haben wirklich noch zu dem reinenden Wille von der gemeinnützigen Tätigkeit der christlichen Arbeitervertreter in den gelegentlichen Körperschaften geführt. Wer nun die eifrigen Bundesgenossen der Lebensmittelveiterte, noch nicht erkannt hat und diesen Willen im Schatzspeise nicht, das Fell herunterreißt, dem ist nicht zu helfen, der kann als Arbeiter ruhig seinen Feinden sein Schicksal anvertrauen; es kann ihm dann auch nicht besser ergehen als dem Delinquenten, der notgedrungen dem Henker die Fürsorge für sein leidliches Wohl überlassen muß. (Schluß folgt.)

### Aus den Jahresberichten 1910.

Chemnitz. Das 30. Vereinsjahr unserer Mitgliedschaft zeigte ungefähr dasselbe Bild wie das vorhergehende. Die Mitgliederzahl stieg von 457 auf 479. Der Zuwachs

rekutierte sich fast vollständig aus den Neuausgewählten, welche jetzt fast ohne Ausnahme dem Verbande beitreten. Was sonst noch außerhalb des Verbandes steht, ist teils nicht aufnahmefähig, teils von der Notwendigkeit der Organisation nicht zu überzeugen und nicht einmal für das „Sicherheitsventil“ zu haben. Es bleibt nur noch ein kleiner Teil übrig von denen, die da ernten und nicht säen, bei welchen man noch nicht alle Hoffnung verloren geben muß. Wenn das Organisationsverhältnis als erfreulich bezeichnet werden kann, so läßt sich nicht leugnen, daß noch manches besser werden könnte in bezug auf Betätigung der Organisationszugehörigkeit. In den Versammlungen, deren im ganzen elf abgehalten wurden, war das öfteren Gelegenheit geboten zur Bereicherung des Wissens und zur Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen. Der Versammlungsbesuch war (durchschnittlich 44 Proz.) entschieden besser als im vorigen Jahre, womit durchaus nicht gesagt werden soll, daß er gut zu nennen war. Vorträge resp. Referate wurden folgende in den Versammlungen gehalten: „Was muß der Staatsbürger vom Steuerzahler wissen?“ (Kollege Redakteur Hermann Müller), „Ein Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1909“ (Kollege Hertel), „Die rechtliche Natur des Tarifvertrags“ (Redakteur Ernst Heilmann), „Die allgemeine Lage im Gewerbe unter Berücksichtigung der Bauvorkehrungsfragen“ (Bauvorsteher C. W. Stoy), „Deutschlands Sozialgesetzgebung“ (Kollege Arbeitersekretär Willdenberg), „Die Tätigkeit des Gewerbegerichts“ (Kollege Fr. Schumm), „Der Wertentstehungs- und eine Gefühls- und Intuitionstheorie“ (Kollege Kappel), „Welche Folgen sind aus den letzten großen Kämpfen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation für die Gewerkschaft zu ziehen?“ (Landtagsabgeordneter Arbeitersekretär Max Heide), „Die bevorstehende Tarifrevision“ (Kollege Ernst Köppler). Ein angelegter Vortrag über „Konsumgenossenschaften“ konnte leider nicht erfolgen, weil der Besuch ein zu geringer war. Aus demselben Grunde mußte ein angekündigter Referat über „Die diesjährigen Johanniskelchdrucksachen“ ausfallen. Selbstverständlich sind solche Vorkommnisse nicht geeignet, die Arbeitsfreudigkeit des Vorstandes zu erhöhen. Ihre Solidarität mit der übrigen Arbeiterchaft bekundete die Mitgliedschaft anlässlich der Bauarbeitersperre. Durch eine vorübergehende Erhöhung des Ortsbeitrags um 20 Pf. konnte sie 450 Mt. abenden. Ein Schmerzenskind war seit langen Jahren das Herbergsweien, bis endlich der Verein „Volkshaus“ in einem großen Umbau eine musterartige Herberge errichtete.

Bezirk Darmstadt. Das Jahr 1910 war ein Ehrenjahr für den Bezirk, speziell aber für den Vorort Darmstadt. Konnte unser Verein doch auf sein 75jähriges Bestehen zurückblicken, welche Tatsache denn auch durch eine imposante Feier am 25. und 26. Juni, an der sich über 1000 Kollegen der näheren und weiteren Umgebung, Darmstadt beteiligten, begangen wurde. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß unserm Vorstandsvorsitzenden Emil Döblin Gelegenheit gegeben wurde, in einer überfüllten Festversammlung die Ziele des Verbandes unter Anwesenheit einer Anzahl Prinzipale darzulegen. 309 Verbandsglieder stehen 88 N.-V. gegenüber, von denen etwa 20 der Prinzipalstufe angehören. Gutenbergsbündler konnten nicht festgehalten werden. Die Zahl der Brudereien beträgt 63. Auch das abgelaufene Jahr zeigte den Mißstand, daß teilweise noch sehr junge Kollegen bei eintretender Konditionslosigkeit den Ort nicht verlassen, anstatt einmal in die Fremde zu gehen. Ganz besonders

### Demaskiert!

Ein archäologisch-archivalisch-anthropologisch-ethnologisch-pathologisches Charakterbild des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

von Joseph Trefflich.  
(Bisherigem Dozenten an der W. Gladbach Hochschule für praktische christlich-nationale, neutrale, interkonfessionelle, Zentrums- und blau-schwarz-gelbe tariffreie Gewerkschaftswissenschaft.)

### LXXXXVIII. Die „Neutralität“ des Verbandes und deren Folgen in letzter Potenz.

Meine Herren! Ihr warmer Empfang heute ist meinem Schmerzensden Geizen eine überwältigende, Leib und Seele erhebende Genugtuung, daß die lehrreichen Ergozitien dieses Wintersemesters in dem Irngarten der Neutralität des Verbandes von Ihnen allen als das größte Bedürfnis unserer Zeit anerkannt werden. (Das Auditorium trampelt lebhaft Zustimmung.) Darum ist es mir so wehe und betrübt meinen Sinn, daß nun der lange gefürchtete Moment gekommen ist, wo ich zum letzten Male vor Sie trittreten und in Ihre reinen Gemüter von dieser Stelle aus noch einmal das Gift der veränderlichen Neutralität als bestes Schugmittel träufeln kann, auf daß Sie immer und immer nur das sehen, was die den größten Kulturfortschritt seit den Tagen von Sichte und Urndt darstellende erhabene Wissenschaft unserer herrlichen Alma mater Gladbachiana verlangt. O, daß Sie nie ein falscher Augenblick etwas anders sehen und nie ein verkehrter Jungenschnal anders reden lasse als das, was ich in seelengewühndem Fortschreiten und in nerpenderstrebendem Suchen auf sämtlichen Wöden unserer lieben Hochschule gefunden, gereinigt und dann geklärt Ihnen als das Ergebnis unserer vorurteilsfreien, einzigen Wissenschaft vortragen habe. (Allgemeines Scharen.)

Wie ich schon bei der mir am vorletzten Sonntage bereiteten feierlichen Abschiedsfeier bemerkte: Ich scheide am 1. März ungen von unserm geliebten W. Gladbach. Hier quillt die wahre Lehre der allein echten Gewerkschaftswissenschaft! Hier sehen wir die großen Reuhten

unser weiterobernenden Bewegung wirken und sämtliche Disziplinen des erhabenen Ziels, die Arbeiter einzig nach religiöser und politischer Unterweisung zu organisieren, in nicht zu übersehender Weise veranschaulicht und praktisch geübt. Hier findet die Trübsal von dem voraussetzungs- und untergeordneten Zusammenstoß aller Arbeiter ihre endgültige und restlose Widerlegung! (Donnerndes allgemeines Trampeln.)

Daß ich von hier aus nun nicht mehr diese wirkliche Heilsbotschaft verkünden darf, läßt meine Seele trauern. Zwei Semester könnte ich mindestens noch an dem abschredenden Charakterbilde des Buchdruckerverbandes malen und Ihr Sinnen und Denken befruchten mit der Wahrheit und Klarheit unsres gewerkschaftlichen Glaubens. Unzählig schier sind die vollgeprossenen Zitatenfüße, deren für den Verband vernichtender Jnhalt für Sie selber vorberhand nun noch ein Buch mit sieben Siegeln bleiben muß.

Aber der Gedanke, diese wertvollen Funde nach meinem künftigen Wirkungsorte, dem Leiber von allen Zweifeln und der Feindschaft gegen unsre hohe Lehre so angegriffenen Verlin mitnehmen zu dürfen, verheugt die Schatten des Trübnißs wieder. Und wäplich, an dieser Stelle sei es Ihnen feierlich verheißen: Ich werde nicht ruhen und nicht rasten, bis der morgen meinem Zug angehängte große Zitatenbewagen entleert und sein Jnhalt durch unsern wadern „Typograph“ sich ergossen hat in alle deutschen Lande.

Meine Herren, Sie werden mit aus dem Grund Ihrer reinen Seele zustimmen, daß nichts den verderblichen Geist unsrer Zeit, wie er am schlimmsten und verheerendsten in der sogenannten Neutralität des Verbandes in die Erscheinung tritt, gründer und nachhaltiger zu bannen vermag als die großartige Fülle trefflicher Zitate, wie sie eben nur unser W. Gladbach aufzuweisen hat. (Stürmisches Trampeln des gesamten Auditoriums.)

Ich danke Ihnen! Danke nicht zuletzt aber auch unserm allverehrten Professor Kloss, zu dessen Füßen ich so lange sitzen und für den ich so viele Jahre die Werte des gewerkschaftlichen Unglaubens prüfen, registrieren und ungegenere Werte an Zitaten auf diese Weise sammeln

konnte. Ja, meine Herren, die gemeinsame Tätigkeit mit dem hochgeehrten Herrn Kloss an der mutigen Vorkämpferin unsrer guten Sache, der lieben „Westdeutschen“, das erst hat mich befähigt, die Neutralität des Verbandes als größte Verurteilung unsres Jahrhunderts zu erkennen. Es erfüllt mich mit Stolz, daß dank diesem Zusammenwirken der Verband nun endlich demaskiert werden kann. Viel, sehr viel ist schon über dessen Neutralität geredet und geschrieben worden, aber so treffend wie jetzt in diesem Semester durch meine Vorlesungen ist dieses Scheingebilde noch nicht beleuchtet und so überzeugend sind noch niemals die Einwände und die Angriffe von jener Seite auf uns widerlegt worden. (Oben: beständiges Zustimmungsgeschrei.)

Ja, meine Herren, es kommt der Tag, wo das abstoßende Charakterbild des Verbandes allgemein erkannt sein und die so viel geschmähte Eigenschaft des Zugenbundes als Sicherheitsventil sich erprobt und als richtig erwiesen haben wird — zum Segen des Buchdruckerwerbes, zum Vorteil einer gesunden christlich-nationalen Entwicklung der Tarifgemeinschaften und zum nachdrücklichen Schuge der Unternehmerinteressen! Daran mitgewirkt und dazu beigetragen zu haben, ist dann das Verdienst unsrer stolzen Alma mater und meiner bescheidenen Zitatenammlung (wieseltig Widerwehr) — ich weiß, es ist gut gemeint von Ihnen, aber es ist Ihnen ja bekannt, daß ich gern im Hintergrunde bleibe —, die ein sechsachtziger königlich preussischer Altlerwagen kaum zu fassen vermag.

Meine Herren, machen wir uns in dieser Stunde das Herz nicht noch schwerer. Es ist genug und der Opfer sind gewiß schon viel gebracht, wenn ganz W. Gladbach in diesem Jahr auf die falschküßernden verjagtete, um so dem besten Schmerz über mein Scheiden äußerlichen Ausdruck zu verleihen. Das hat mich tief gerührt! Und mit um so größerem Eifer habe ich deshalb in dieser leichtlebigen Palmnachtszeit die Veröffentlichungen meiner Forschungen über die Neutralität des Verbandes fortgesetzt und die wertvollsten Funde gerade in den letzten Wochen gehoben. (Beifälliges Weisstrampeln.)

Die durchschlagende Wirkung meiner letzten Aufsätze ermessen Sie am besten an dem häufigsten Schweigen



sammenhalten aufforderte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die „Typographia“ (Hilbesheim) ein von ihrem Dirigenten komponiertes Lied „Bleibt fest und treu“ gut zu Gehör gebracht.

**Ludwigshafen a. Rh.** Die Bezirksversammlung, welche am 19. Februar stattfand, war von 75 Kollegen besucht; bei einer Gesamtzahl von 177 gerade keine entsprechende Ziffer. Der Vorsitzende Rost brachte dies auch bedauernd zum Ausdruck, worauf er kurz den Jahresbericht erstellte. Der feierliche Vorstand wurde bis auf den zweiten Vorsitzenden wiedergewählt. Die Besprechung der Urträge zum Gantage war eine sehr lebhaft. Hierauf wurde über einen Antrag zur Verbandsgeneralversammlung beschlossen. Das Johannisfest wird als Bezirksfeier arrangiert und ein Ausflug in die Rebentadt Bad Dürkheim damit verbunden.

**Mühlhausen i. Els.** Am 19. Februar hielt unser Ortsverein die jährliche Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Der bisherige Vorstand wurde per Affirmation wiedergewählt. Nachdem mehrere Wahlen erledigt waren, erhielt unser Beihilfenvertreter Algrer (Straßburg) das Wort zu seinem Referat: „Die wichtigsten tariflichen Bestimmungen und die Tarifrevision“. Der Redner verstand es, in seinen eineinhalbstündigen interessanten Ausführungen die Versammlung in spannenber Aufmerksamkeit zu erhalten und wurde durch zahlreichen Beifall belohnt. Im Anschlusse fand eine Diskussion statt, welche jedoch wegen vorgerückter Zeit beschränkt werden mußte. Die Versammlung beschäftigte sich noch eingehend mit der Verbandsgeneralversammlung und wurden einige Urträge dazu diskutiert und beschlossen.

**Bl. Münden.** Nach der üblichen Eröffnung des verstorbenen Kollegen Anton Graf und der Bestürmung meiner Aufnahmefestung nahm die Versammlung des Ortsvereins am 16. Februar einen Vortrag des Gemeindevollständigen Herrn Anton Raith über den Wert des Heimat- und Bürgerrechts entgegen. Der Redner entwarf in längeren Ausführungen ein zu treffendes Bild von dem Zweck und Nutzen der Erwerbung des Heimat- und Bürgerrechts und zeigte auf Grund verschiedener Beschlüsse der gemeindlichen Körperschaften über Fragen, die hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung interessieren, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiterschaft auch um die Vorgänge in den Rathhäusern, mehr als dies bisher der Fall war, kümmere. Dazu sei aber der Besitz des Heimat- und Bürgerrechts und des Gemeindevollständigen notwendig, und empfahl der Redner den Eintritt in die in Betracht kommenden Vereine, um sich dieses Recht auf leichtere Weise erwerben zu können. Die eingehenden Ausführungen des Vortragenden fanden den ungeteilten, lebhaften Beifall der Anwesenden. Ein zur Generalversammlung des Verbandes zu stellender Antrag wurde nach eingehender „Aussprache“ abgelehnt; ebenso ein dazu gestellter Vermittlungsantrag. „Mitte“, „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende die Kollegen auf die gegenwärtigen Bewegungen im Buchdruckergewerbe des Auslandes aufmerksam und empfahl bringen die vorherige Einkündigung an den in Betracht kommenden Stellen.

**Neuß a. Rh.** In der am 18. Februar abgehaltenen gutbesuchten Generalversammlung wurde nach Erstattung des Jahres- und Kassensberichts zur Vorstandswahl geschritten, welche die fast vollständige Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen ergab. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung sowie einige Interna zeitigten eine rege Diskussion. Mit dem Mahnrufe zu ferneren treuen Mitarbeitenden der Verbandskollegen schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

**B. Oberwald a. N.** Der Bezirksverein „Oberer Schwarzwald“ hielt am 19. Februar hier eine aus allen zugehörigen Druckorten gut besuchte Bezirksversammlung ab. Eine reichhaltige Tagesordnung harzte ihrer Erledigung. Der vom Vorsitzenden Schädel vorgelegte Geschäfts- wie der folgende Kassensbericht wurden mit Befriedigung entgegengenommen, ebenso die Berichte der Vertrauensmänner. Mit sichtlichem Interesse an der Sache wurden bei lebhaftest Debatte verschiedene von einzelnen Ortsvereinen gestellte Urträge zur diesjährigen Tarifrevision angenommen. Die im Laufe der Debatte erfolgten Ausführungen lieferten den erfreulichen Beweis, daß die Provinzkollegen gewerkschaftlich auf dem laufenden sind und sich künftig eifrig am Verbandsleben beteiligen werden. Zum Gantage wurden ebenfalls einige Urträge gestellt und der Bezirksvorsitzende delegiert. Anschließend hielt noch Kollege Brandt (Schramberg) einen mit Interesse verfolgten Vortrag über: „Wie stellt man mit einfachem Materiale moderne Maschinen her?“ (mit Auslage einiger Drucksachen aus der täglichen Praxis). Es wurde ihm für seine aufopfernde, uneigennützig Eingabe zum Zwecke der Weiterbildung der Kollegen außer dem Beifalle der Versammlung noch der besondere Dank des Vorsitzenden zuteil. Mit eindringlichen Worten zu erster Beachtung der Prinzipien des Verbandes schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung, der bis zur Trennung noch ein gemüthliches Beisammensein folgte.

**Bosen.** Am 19. Februar hielt unser Ortsverein seine Generalversammlung ab. Nach Erledigung zweier Aufnahmen teilte der Vorsitzende unter „Vereinsnachrichten“ u. a. mit, daß die Handwerkskammer die Rechte der aufgelösten Zwangsvereinigung bezüglich des Lehrlingswesens übernommen habe. Die von der Innung seinerzeit angenommene tarifliche Lehrlingskala ist auch von der Handwerkskammer als verbindlich angenommen. Es fehlte bis jetzt noch die Bestätigung des Ministers. Diese ist jetzt erfolgt. Der nächste Beratungsgegenstand betraf die Stellungnahme zur Generalversammlung des Ver-

bandes. Es wurde zunächst betont, daß an eine Änderung resp. Aufbesserung der Unterfüßungsätze jetzt nicht gedacht werden könne; auch habe ja die letzte Generalversammlung die Unterfüßungsätze erhöht. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, die die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes ergab. Unter „Verschiedenes“ wurde Bericht erstattet über eine stattgehabte Druckerereignisversammlung. — Anschließend sei noch erwähnt, daß der Verein am 13. Februar einen Lichtbildervortrag veranstaltet hatte. Genommen war hierzu der Schriftsteller Max König (Dresden). Als Thema hatte er gewählt: „Eine Reise durch die Weltausstellung in Brüssel“. Der Vortragende, der über eine klare und deutliche Vortragswiese verfügte, bot in 130 Bildern einen ebenso interessanten wie lehrreichen Vortrag. Reicher Beifall lohnte Herrn König für seine Mühe. Es hatten sich etwa 300 Personen zu dem Vortrag eingefunden.

**Beitz Potsdam.** Die am 19. Februar im Gewerkschaftshause zu Berlin abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen. Als Gäste waren anwesend unser Beihilfenvertreter Kirchner (Stettin) sowie einige Kollegen aus Posen. Nach einem Begrüßungsliede des Gesangsvereins „Gutenberg“ (Potsdam-Neubabelsberg) eröffnete der Vorsitzende Nabe mit einem Hinweis auf die uns bevorstehende erste Zeit der Tarifrevision die Versammlung. Der Kassensbericht ergab einen gegenwärtigen Bestand der Bezirkskasse von 1546,57 Mk. Der Bericht der Vertrauensleute zeigte, daß abgesehen von einer vollen Ausnutzung bzw. vereinzelter Überschreitung der Lehrlingskala die tariflichen Verhältnisse im Bezirke gute sind. Durch den Rücktritt des Vorsitzenden Nabe und des Schriftführers waren Ergänzungswahlen zum Vorstände notwendig geworden. Die Versammlung wählte einstimmig den Kollegen Fesenberg zum Vorsitzenden, einen Schriftführer und einen Beisitzer. Ein Arbeitsnachweis in Potsdam macht sich durch Vergrößerung bzw. Neueröffnung verschiedener Druckereien immer notwendiger. Ein dahin gehender Antrag soll beim Tarifsatz gestellt werden. Nach der Mittagspause wurde in die Beratung der Urträge zur diesjährigen Tarifrevision eingetreten. Mit einigen Änderungen wurden die vom Bezirksvorstand in Gemeinschaft mit den Ortsvereinsvorständen bzw. Vertrauensleuten der einzelnen Druckorte des Bezirkes in einer am 22. Januar in Potsdam abgehaltenen Konferenz aufgestellten Urträge von der Versammlung einstimmig angenommen. 368 Mitglieder stehen im Bezirk 3 Gutenbergbündler und 23 Wilde gegenüber. Als Kandidaten zur Generalversammlung in Hannover wurden die Kollegen Kirchner und Hannack (Stettin) und Hützig (Potsdam) nominiert. Die nächste Bezirksversammlung findet wieder in Berlin statt. Nach einem warmherzigen Appell der Kollegen Kirchner und Nabe an die Versammlung, jederzeit, in guten und schweren Tagen, treu zur Fahne des Verbandes zu halten, wurde die anregend verlaufene Versammlung mit dem ergott von unsrer wackeren Sängerschaft vorgebrachten Liede „Empor zum Licht“ geschlossen.

**k. Prignitz.** Mit zeitweise drei Gehilfen und zurzeit vier Lehrlingen wirkt in der „Perle der Prignitz“ der aus Prignitz „tariffreie“ ebendalige Hützig, jegliche Buchdruckereibesitzer und Arbeitgeberverbänder Albers Koch, um die Ordnung im Gewerbe herzustellen zu helfen. Wie der Mann unter der rührenden Mithilfe seiner sämtlichen männlichen und weiblichen Familienmitglieder dieser Aufgabe gerecht zu werden versucht, dürfte als einwandfreier Beweis für die ungemaine Schädlichkeit solcher tariffreier Betriebe innerhalb unsres Gewerbes anzusehen sein. Schon das „gewinnende“ Äußere der zahlreichen „Mittelbesitzer“ dieses buchdruckerischen Fideikommisses, die durchweg keine auch nur bescheidensten Ansprüche genügende Ahnung vom Lohn- oder Preisarbeit besitzen, läßt darauf schließen, daß wir es hier mit einem „Mutterbetriebe“ zu tun haben. „Ich kann unter allen Umständen billiger sein als meine Konkurrenz, denn was dort bezahlte Buchhalter, Hausdiener usw. machen, das mache ich mit meiner Familie ohne große Unkosten“, so soll er sich geäußert haben. Natürlich sind die Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe die „rofigsten“. Abgesehen von der „guten Küche“ — das Personal ist dort in Kost und Logis —, die von den weiblichen Familienangehörigen zwischen durch ebenfalls hergestellt wird, soll besonders der „junge Herr“, der selbst im kaufmännischen Beruf organisiert ist, jeden Organisationsversuch der hin und wieder sich in sein Lichtum verirendes Schicksal mit Entlassung bestrafen. In diesem Jahre hat der Mann den rührenden Etat zu drucken bekommen. Da die Betriebsverhältnisse die Herstellung desselben während der täglichen Arbeitszeit nicht zulassen, so sollte die Arbeit von den Gehilfen in der Zeit nach Feierabend bis 12 Uhr nachts hergestellt werden zu einer von den Gehilfen sicherlich nicht wegen ihrer Höhe abgelehnten Pauschalsumme. Nimmher wurde die Herstellung des Etats an die vier Lehrlinge gegeben, die nun täglich bis 12 Uhr nachts — also in etwa 15—17tägiger täglicher Arbeitszeit — sich abquälen, der Stadt zu einem billigen Etat zu verhelfen. Was kümmern den Inhaber etwaige gesetzliche Vorschriften, was wird selbst das Einschreiten des angerechneten Gewerbeinspektors nützen, solange nicht die dortigen städtischen Behörden sich auf den allen korrekten Standpunkt stellen, Arbeiten nur an solche Unternehmer und zu solchen Preisen zu vergeben, daß auch der Arbeiter einigermaßen sein Fortkommen hat! Wir nehmen an, daß dem Prignitzer Stadtobhaupt nicht bekannt ist, unter welsch traurigen Verhältnissen sein diesjähriger Etat hergestellt wurde, und geben uns — deshalb — der Hoffnung hin, daß für die Zu-

kunft nur solche Firmen mit Druckaufträgen betraut werden, deren Betriebe eine einwandfreie Herstellung gewährleisten. Gerade durch Überanstrengung in der Lehrzeit wird in unserm Berufe der Reim zu späterem dauernden Siechtum gelegt. Da die dort befindlichen Gehilfen gegenwärtig in Klüßigung stehen, werden wohl bald für das „Prignitzer Tageblatt“ Ersatzkräfte gesucht werden. Sicherlich vergebens, denn tariftreue Gehilfen gehen nicht in eine tarifuntreue Druckerei.

## Rundschau.

Herr Joseph Treffert tritt, wie seinerzeit eine hohe Regierung des Gutenbergbundes kund zu tun geruhte, am 1. März den Posten als Redakteur des „Typograph“ an. In M. Glabbaach und den benachbarten Bündlerdomänen gab es in den letzten Tagen ein großes Abschiednehmen. Kein Auge und kein Fälschlich blieb trocken. Treffert ist der Prototyp eines Pöschchenjägers, wie er nur in der sogenannten christlich-nationalen Arbeiterbewegung gefunden kann. Darum mußte er auch beizeiten die Märzrevolte zu erringen. Nach seinem Durchaus nicht unfeindlichen Aussehen aus dem Verbands hat es ja auch geklappt. Zu Boerchen hat er es jedoch als christlicher Arbeitersekretär usw. nicht gebracht. Zulezt war er für längere Zeit als Handlager dem Redakteur Joos von der ehrenwerten „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ beihilflich, indem er für diesen den Vektor machte. Bei dieser geistreichen Beschäftigung, die rettungslos zur Arterienverkalkung führen muß, hatte er Gelegenheit, das einseitigste Zeug über unsern Verband zusammen zu schnipseln. Auf diese Weise entstand ein förmlicher Zitatensberg. Diesen trägt Treffert nun seit Wochen im „Typ.“ unter der erfindenden Überschrift „Demaskiert“ ab. Die Neutralität des Verbandes soll damit den letzten, den allerletzten, den endgültigen Todesstoß erhalten. Mit solchen Übernheiten sind die Mitglieder des Gutenbergbundes noch nie traktiert worden, obwohl doch das dümmste Zeug dort en masse verpackt wird. Die Folgen dieser geistigen Tortur sind bei den Bündlern gar nicht abzusehen. Treffert, der seit Jahren die Zerplitterung der Arbeiterkraft berufsmäßig betreibt, ist dadurch wie kein zweiter prädestiniert, den Preisrichter für die Neutralität der Gewerkschaften zu mimen. Jemand, der die Arbeiter religiös und politisch verhetzt, ist natürlich der objektivste Richter über die Neutralität unsres Verbandes. Bis jetzt hat Treffert mit seinen Probearbeiten nur riesige Heiterkeitserfolge erzielt. Wir begrüßen den armen Kerl auf seinem Redaktionsstuhle!

Verlumpt nennt Paul Ehränert in der von ihm vorläufig zum letzten Male mit seinem Namen bedeckten Nummer des „Typograph“ das Verbandsorgan. Der „Korr.“ hat mit seinen wenigen Zeilen über das Hinscheiden von Hoffä die diesen christlich-bündlerlich-fanatich-giftig-schmolkenen Wutausbruch verursacht. Wer die fünf 16 Zeilen glänbende Notiz im „Korr.“ nicht gelesen hat, sondern nur diese Ausschleimerei darüber im „Typ.“ zu Gesicht bekommt, muß uns zu den Grabhändlern werfen. Nun unser christliches Empfinden bewahrt uns davor. Umgekehrt hätte man sich bei einer solchen oder ähnlichen Gelegenheit bestimmt nicht so kurz und reserviert ausgelassen, der von „Typ.“ dem Kollegen Korfhäuser gewidmete Abschied (wofür er allerdings von uns in bärer Münze bezahlt wurde) ist nur ein Beispiel dafür. Persönlich lassen uns die „christlichen“ Gemeindefreier Ehränerts kalt. Wenn uns ein Hausknecht verlumpt nennt, zünden wir ihm eins drauf. Heißt dieser Hausknecht aber Paul Ehränert, so berührt dieses Schimpfwort nicht einmal unsre Fußspitze.

Vor einem Schwindler namens Erwin Terme aus Magdeburg wird von ihm aus gewarnt. Terme gab zu verschiedenen Malen an, Verbandsmitglied zu sein, sein Buch befände sich jedoch noch auf dem Berliner Gewerbebureau. Alle diese Behauptungen sind unwafr. Terme ist in Wirklichkeit ein unehrlicher Kumpfan, der sich unter dem Namen Max Elbe auch als Korrektor vorstellte und sich fortgesetzt Betrügereien und Betrügereien gegenüber vertrauensfertigen Kollegen erlaubt.

Dem „Jubiläumssauschuf“ der Firma G. C. Westhorn in Ufcherleben läßt der „Zeitungverlag“, das Organ des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, eine wohlverdiente Abfuhr zuteil werden. Es heißt da u. a. in Nr. 8: „Die Firma G. C. Westhorn (Ufcherleben) feiert am 1. April ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum. Die Driefbogen, auf denen das große Ereignis den Zeitungsredaktionen gemeldet wird, tragen den Ausdruck und die Unterschrift Jubiläumssauschuf der Firma . . . dieser Jubiläumssauschuf“ bittet um Aufnahme einer Notiz und gestattet sich, darauf hinzuweisen, daß das Manuscript zu einem ausführlichen Artikel in etwa drei bis vier Wochen folgen wird. . . . Das hat den Zeitungsredaktionen gerade noch gefehlt, daß sie Jubiläumssauschufe als Mitarbeiter erhalten. Sobald eine in der Industrie oder Kaufmannschaft verbreitete größere Zeitung anfrage, derartige Jubiläumssauschufe zu bringen, so könnte sie dafür in ganz kurzer Zeit eine stehende Rubrik einrichten. Welche Ausbilde in die Zukunft eröffnen sich dem titelstichtigen Kleinen Angestellten! So ein Posten als Leiter des Jubiläumssauschufes oder als Registrierator oder als wer weiß was, ist doch immerhin noch besser als der bloße Handlungsgehilfenstellen! Nun überträgt sich der Jubiläumssauschuf, dessen Mitglieder auch etlichen Vereinen angehören, auf das Vereinswesen — um nur einen Hinweis zu geben — und bringt durch zielbewußte Jubiläumssauschufarbeit die Vereine zu noch nie da-

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 28. Februar 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Nr. 24.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

gewesener Blüte, die Redakteure und Abonnenten, soweit sie keinem Jubiläumsausflug als aktives, vorführendes, beiführendes, etwas zu sagen habendes oder nichtsagendes Mitglied angehören, zur Verweigerung. Wir haben dem kaum noch etwas hinzuzufügen. Es ist grob Unfug, was da getrieben wird. Die Feier eines 50-jährigen Geschäftsjubiläums ist doch kein Jahrmarktsrummel. Auch uns gingen die mit Goldprägung versehenen Druckfächer mit der vom „Zeitungsverlag“ gerügten Reklameaufforderung zu, und wir konnten uns bei deren Studium des Gefühls nicht erwehren, daß so etwas denn doch noch nicht dagewesen ist. Wohl haben wir ein großes Verständnis für ein harmonisches Verhältnis zwischen einer Geschäftsleitung und ihrem Personale sowie für gelegene Veranstaltungen bei Jubiläen, aber derartige Sachen sind doch keine Handelsartikel, für die man erst die große Öffentlichkeit interessieren muß, um sie an den Mann bringen zu können.

Ein bedeutender Rückgang der Ansichtspostartenausfuhr aus Deutschland ist für das Jahr 1910 zu registrieren. Während im Jahre 1909 die Ausfuhr einen Wert von 16,7 Millionen Mk. erreicht hatte, wurden 1910 für 13,4 Millionen Mk. ins Ausland geliefert. Der Rückgang ist hervorgerufen durch den neuen amerikanischen Zolltarif, der seit Frühjahr 1910 in Kraft ist und bekanntlich für Ansichtspostarten eine sehr bedeutende Zollherabsetzung gebracht hat. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten belief sich dem Werte nach auf 4 Millionen Mark; im Jahre 1909 hatte sie 9,2 Millionen Mk. betragen. Trotz dieses starken Rückganges ist aber die Union immer noch das wichtigste ausländische Absatzgebiet für deutsche Ansichtspostarten. An zweiter Stelle kommt als solches England in Betracht, an dritter Österreich-Ungarn. Der Versand nach England belief sich auf 1,7 Millionen Mark (im Vorjahre 1,6 Millionen Mk.), nach Österreich-Ungarn auf 1,4 Millionen Mk. (wie im Vorjahre). Hiemlich bedeutend war außerdem der Export nach der Schweiz, nach Rußland, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Italien, Südamerika und Kanada. Die Einfuhr von im Auslande fabrizierten Ansichtspostarten nach Deutschland hat um 600.000 Mk. an Wert zugenommen. Die meisten dieser Karten kommen aus Österreich-Ungarn und der Schweiz.

Verleger und Großbuchhändler spinnen ansehnend auch keinen guten Faden mehr zusammen. Denn, wie die „Papierzeitung“ meldet, hat der Verband Deutscher Buchhändlerbesitzer neulich erst den Beschluß gefaßt, seine Mitglieder zu verpflichten, in Zukunft für die Aufbahrung von Rohvorräten, die vor dem Binden wieder abgeholt werden, den Verlegern Lagergeld anzurechnen. Daß so ein Beschluß überhaupt erst gefaßt werden mußte, ist bezeichnend für beide Teile.

Ein Zeugniszwangsverfahren wurde gegen den Redakteur der „Straßburger Rundschau“ eingeleitet, weil er sich weigerte, den Namen eines Gewährsmannes zu nennen. 40 Mk. Geldstrafe, Kostentragung des Verfahrens und außerdem Zwangshaft sind die modernen Daumenknechten, die die heutige Justiz dem Mann anlegte, der sich weigerte, sein Ehrenwort zu brechen.

„Vaterlandslose Gesellen“. Die internationalen Verbindungen und Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft werden bekanntlich von eifrigen Schreibern der Unternehmern stets als Beweise internationaler umfängerlicher Ziele an die Wand gemalt, um für den angeblichen echten Patriotismus des Unternehmertums ein wirksames Gegenstück zu haben. Nun hat aber der bekannte günstige Wind eine Vereinbarung der deutschen Bauunternehmer mit ihren französischen Kollegen der französischen Arbeiterpresse zugeweht, woraus zu ersehen ist, daß die nationale Phrasen vom Erbfeinde vor den Geldbeutelinteressen des Unternehmertums plagt wie eine Sellenblase. Die Vereinbarung lautet: „Zwischen der Föderation der französischen Bauunternehmer und dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wird folgende Vereinbarung getroffen: 1. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Arbeiter des kartellierten Landes einzustellen. 2. Wenn in einer der vertragsschließenden Organisationen ein Streik oder eine Aussperrung vorausgesetzt ist, so verpflichtet sich die betreffende Organisation, die Leitung der andern davon zu unterrichten, unter Angabe der Orte, die von dem Streik oder der Aussperrung betroffen werden können. Falls ein allgemeiner Streik oder eine Generalaussperrung in einem der vertragsschließenden Länder ausbricht, so werden alle Arbeiter des betreffenden Landes, die im Fremdesland arbeiten, sofort entlassen. Sobald ein Streik oder eine Aussperrung ausgebrochen ist, muß die Leitung der betreffenden Organisation sofort der andern Organisation Mitteilung machen und gleichzeitig alphabetisch geordnete Listen mit den Namen der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter, ihren Geburtsort und Geburtsort einsenden. Diese Listen müssen in genügender

Ungahl zugestellt werden, damit sie alle Mitglieder erhalten können. Die Vereinbarung eines Streiks oder einer Aussperrung ist ebenfalls mitzuteilen. 3. Die Leitungen der vertragsschließenden Organisationen verpflichten sich, alle Maßnahmen zu treffen, damit ihre Mitglieder so schnell wie möglich diese Listen erhalten, um zu verhindern, daß streikende Arbeiter Beschäftigung finden. Sie müssen ebenfalls darüber wachen, daß Arbeiter, die etwa schon Stellung gefunden haben, sofort wieder entlassen werden. 4. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, sich gegenseitig nach Möglichkeit zu unterstützen und die Einstellung von nichtstreikenden Arbeitern zu erleichtern. Die Maßnahmen der Arbeitsnachweise der besondern Organisationen sind zu respektieren und nach Möglichkeit zu unterstützen. Dieser Vertrag ist zwischen den Zentralleitungen der vertragsschließenden Parteien abgeschlossen, unter Vorbehalt etwaiger Änderungen durch ihre Generalversammlung.“ Es sieht zwar dieser Vertrag nicht gerade aus, als ob seine Verfasser an seine Durchführung ernstlich glaubten, jedenfalls werden seine Urheber mit einer praktischen Durchführung sehr komische Erfahrungen machen können. Der einzige Wert des Vertrags liegt nun darin, daß er eine ausgezeichnete Illustration für den Patriotismus der deutschen Scharfmacher darstellt.

Gewerkschaften und Schulnliteratur. Eine wirksame Bekämpfung der Schulnliteratur hat das Berliner Gewerkschaftshaus unter Leitung Sassenbachs in Angriff genommen, und zwar durch weitestweitere Verbreitung von Erklärliteratur. Das Gewerkschaftshaus erwirbt die Erklärschriften in größerem Umfang und verteilt sie an die einzelnen Gewerkschaftsbureaus, die die Bücher jedoch nicht direkt verkaufen, sondern verleihen. Jedes Gewerkschaftsmitglied erhält gegen Hinterlegung des Kaufpreises soviel Bücher wie es will, braucht sie aber nicht zu behalten, sondern erhält bei deren Rückgabe entweder sein Geld wieder zurück oder andre Bücher in gleichem Werte und so fort. Durch dieses Verleihen wird ein starker Anreiz zum Lesen der Erklärbücher gegeben, wobei noch zu konstatieren ist, daß eine Rückzahlung der hinterlegten Beträge selten gefordert wird und dadurch genügend Mittel zur Verfügung stehen, um das neue System erfolgreich durchzuführen.

Gegen die Reichsversicherungsordnung, soweit durch sie nach den neueren Beschlüssen der Reichstagskommission die Ausgaben der Landesversicherungsanstalten für die vorbeugenden Heilverfahren auf 7 Proz. der Beitragseinnahmen beschränkt werden sollen, hat eine Konferenz von Vertretern sämtlicher deutscher Landesversicherungsanstalten: entschiedenen Protest erhoben. Die Versammlung faßte einstimmig folgenden Beschluß: „Der von der Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung beschlossene Zusatz zu § 1341 betreffend die Einschränkung der vorbeugenden Krankenfürsorge der Versicherungsanstalten führt notwendig zur völligen Aufhebung der Selbstverwaltung der Träger der Invalidentversicherung, beseitigt den maßgebenden Einfluß der dem Aufsicht angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Verwaltung, und damit die Arbeitsfreudigkeit der für die Durchführung der Invalidentversicherung so wichtigen Organe. Die vorbeugende Krankenfürsorge bildet gegenwärtig einen der bedeutendsten Faktoren bei der Durchführung der Invalidentversicherung und läßt keinerlei Einschränkung zu, soweit nicht die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete der Rentenzahlungen direkt gefährdet wird. Die am 18. Februar 1911 in Berlin zu einer Vollerammlung einberufenen deutschen Versicherungsanstalten sind daher einmütig der Ansicht, daß der von der Kommission beschlossene Zusatz zu § 1341 die Durchführung der Invalidentversicherung in der schwersten Weise gefährden würde und bitten um Streichung dieses Zusatzes.“

Die staatliche Pensionsversicherung für Privatangestellte scheint ein ganz heilloses Durcheinander hervorgerufen zu haben. So wurde in Berlin ein zahlreich besuchter Privatbeamtenrat abgehalten, auf dem es, da „Für“ und „Wider“ des Entwurfs recht zahlreich vertreten waren, hilmäßig herging. Neben dem Reichsversicherungsamt waren Parlamentarier aller Schattierungen vertreten. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, worin die Versammlung den Entwurf des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte mit Genugtuung begrüßt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß durch eine entsprechende Erhöhung der Beiträge die Leistungen wesentlich verbessert werden. Mit der Bitte um schnelle Erledigung wird schließlich an die Arbeitgeber, die Organisationen und an alle Privatangestellten appelliert, alle Sonderwünsche zur Durchführung des großen sozialen Werks zurückzustellen. — Die „Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten“ hatte inzwischen in einem Nebenamt eine Sonderversammlung abberaumt, in der eine Protestresolution zur Annahme gelangte. Weiter haben die Provinzialverbände sich mit dem Entwurfe beschäftigt und ihn abgelehnt, da die

Kosten der Versicherung für sie außerordentlich schwer seien und zudem in gar keinem Verhältnis zum Effekt der Sache ständen. Die Zentralstellen der Prinzipalverbände erblickt die günstigste Lösung nur in einem maßvollen, den Bedürfnissen der Privatangestellten angepaßten Ausbau der Invalidentversicherung. Man sieht, die Sache ist noch lange nicht geklärt.

Deutschlands Bevölkerung beziffert sich nach dem vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 auf 64.957.910. Das ist eine Vermehrung um 431.6532 oder 7,2 Proz. gegen den Stand vom Jahre 1905. Der höchste Prozentsatz der Zunahme fällt auf die Hansestädte Hamburg mit 16,1 und Bremen mit 14,2. Die geringste Zunahme hat das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz mit 0,56 Proz. Aber den Reichsdurchschnitt in der Vermehrung streifen die Bundesstaaten Preußen mit 7,6, Sachsen mit 8,0, Oldenburg mit 9,8 und Sachsen-Weimar mit 7,5; darunter hlieben Bayern mit 5,5, Württemberg mit 5,7, Baden mit 6,4, Elsaß-Lothringen mit 3,1, Hessen mit 5,7, Mecklenburg-Schwerin mit 2,4, Braunschweig mit 4,8, Anhalt mit 0,95, Sachsen-Meiningen mit 3,6, Sachsen-Ruburg-Gotha mit 6,1, Sachsen-Altenburg mit 4,7, Neuß j. Linie mit 5,6, Bippe-Deilmold mit 3,5, Schwarzburg-Rudolstadt mit 4,0, Schwarzburg-Sondershausen mit 5,0, Neuß j. Linie mit 2,8, Waldeck mit 4,4 und Schaumburg-Blippe mit 4,1 Proz. Auf das Königreich Preußen entfallen 66,2 Proz. der gesamten Reichsbevölkerung.

Der Arbeitsmarkt im Januar 1911 blieb im allgemeinen auf dem Stande des Vormonats. Das Buchdruckgewerbe war zu Anfang des Monats gut beschäftigt, dagegen in der letzten Hälfte weniger. Das zeigte sich auch in einer Zunahme der Arbeitslosen in Berlin, wo das Angebot von Arbeitskräften auf dem tariflichen Arbeitsnachweis im Durchschnitt der Woche 740 (531 Sezer und 209 Maschinenmeister) gegen 625 (466 Sezer und 159 Maschinenmeister) im Dezember 1910 betrug. Nur 94 Sezer und 49 Maschinenmeister wurden durchschnittlich durch den Arbeitsnachweis untergebracht. In Leipzig hat sich die schlechte Lage von Dezember, ein wenig gebessert. Am 4. d. M. beim Arbeitsnachweise gemeldete Sezer schlieten 216 Beschäftigung, von 109 Drucker 61. Am Schlusse des Monats blieben hier noch 171 Sezer und 39 Drucker gegen 203 Sezer und 50 Drucker im Dezember und 173 Sezer und 73 Drucker im Januar 1910 arbeitslos. — Die Krankentassen berichten durchweg über ein schärferes Nachlassen des Beschäftigungsgrades. Das beendete Weihnachtsgeschäft und das Baugewerbe tragen daran die Hauptschuld. Die Abnahme der Mitglieder bezifferte sich im Verlaufe des Monats auf insgesamt 42.555. — Im Gegenseite zu den Berichten der Krankentassen konstatieren die allgemeinen Arbeitsnachweise eine Besserung gegen den Dezember und Januar des Vorjahrs. Auf je 100 offene Stellen bei den Männern kamen 196, bei den Frauen 90 Arbeitsgesuche gegen 218 und 100 im Dezember und 254 oder 98 im Januar 1910. — Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrugen im Januar 136.697.404 Mk. Das sind 105.89824 Mk. mehr als im Januar 1910. Auf jeden Kilometer bedeutet das eine Mehreinnahme von 171 Mk. oder 7 Proz. — Über Deutschlands auswärtigen Handel im Januar 1911 wird vom Statistischen Amte berichtet, daß Ein- und Ausfuhr im nachstehenden Verhältnisse zueinander standen: Einfuhr 4.261.337 t Waren aller Art, außerdem 12.274 Stück, darunter 12.254 Pferde gegen 4.274.323 t und 10.676 Stück, darunter 10.649 Pferde, im Januar v. J., die Ausfuhr 4.427.118 t, außerdem 786 Stück, darunter 731 Pferde gegen 3.730.389 t und 693 Stück, darunter 662 Pferde, im Januar v. J., der Wert der Einfuhr ohne Gold, Silber und Wertpapiere 725,7 Millionen gegen 712 Millionen Mark im Januar v. J. und der Wert der Ausfuhr 603,2 Millionen gegen 539,8 Millionen Mark im Januar v. J. Die Gold- und Silbereinfuhr hatte einen Wert von 19,9 Millionen gegen 13,0 Millionen Mark, die Ausfuhr einen solchen von 5,2 Millionen gegen 6,4 Millionen Mark.

Gewerkschaftsnachrichten aus dem Ausland. In Böhmen streiken etwa 700 Lithographen und Steindruckere. Sie verlangen die achteinhalbstündige Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Ferien. Die Bewilligung der beiden letztgenannten Forderungen wurden von den Unternehmern verweigert, dagegen die achtdreiviertelstündige Arbeitszeit zugestanden. Die Bewegung ist durch ausreichende Unterstützungsmöglichkeit für die Streikenden aussichtslos. In Lest sind die Beamten der Post, des Telegraphen, des Telephons, des Postamts und der staatlichen Lagerhäuser in passive Resistenz getreten, wegen Verweigerung einer Zulage. Die Arbeiter und Staatsangestellten helfen durch „vorschriftsmäßiges Arbeiten“ nach Kräften mit, der Bewegung der gehörigen Nachdruck zu verleiern. — In Frankreich wurde die von uns schon früher gemeldete Gründung eines Syndikats der Offiziere verboten. — In Bel-

